

N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
der Gemeinde Wasbek**

am Mittwoch, dem 28.08.2013

im Gemeindezentrum, Hauptstraße 37, 24647 Wasbek

<u>Beginn: 19:31 Uhr</u>	<u>Ende: 20:46 Uhr</u>
---------------------------------	-------------------------------

Anwesend:

Gemeindevertreter

Als Vertreter für Herrn Klaus Dahmke:

Herr Michael Hollerbuhl
Herr Peter Mohr
Herr Thomas Omnitz
Herr Uwe Pauschardt
Herr Michael Rohwer

Außerdem Anwesend

Herr Hans-Jürgen Ehmke
Herr Reiner Großer
Herr Karl-Heinz Rohloff
Herr Manfred Saggau

von der Verwaltung

Herr Frank Knutzen

Entschuldigt:

Gemeindevertreter

Herr Klaus Dahmke

Gäste: Frau Kraus, W² Ingenieurgesellschaft Hohenwestedt (zu TOP 15), 1 Zuhörer sowie
von der Presse Herr Günter Böge (Holsteinischer Courier)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung, Eröffnung, Feststellung Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Änderung der Tagesordnung vom 28.08.2013
3. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
4. Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 15.05.2013
5. Information über die am 15.05.2013 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
6. Einwohnerfragestunde I
7. Mitteilungen
8. Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Wasbek
- Empfehlung an die Gemeindevertretung zur Neuregelung der Aufwandsentschädigungen ab 2014
Anlage
9. Überarbeitung / Anpassung der Geschäftsordnung der Gemeinde Wasbek
- Empfehlung an die Gemeindevertretung zur Erstellung eines Entwurfs durch die Verwaltung in 2014 - **Anlage**
10. Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik
- Empfehlung an die Gemeindevertretung zur Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel und Beauftragung eines Planungsbüros - **Anlage**
11. Anschaffung einer Tragkraftspritze für die Freiwillige Feuerwehr Wasbek
- Empfehlung an die Gemeindevertretung
12. Einwohnerfragestunde II
13. Verschiedenes (öffentlich)

1 .	Begrüßung, Eröffnung, Feststellung Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
-----	--

Herr Hollerbuhl eröffnet die Sitzung um 19:31 Uhr und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Frau Kraus von der W² Ingenieurgesellschaft (Hohenwestedt) sowie Herrn Böge (Holsteinischer Courier) und einen Zuhörer.

Im Anschluss stellt Herr Hollerbuhl die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Entschuldigt fehlt Herr Dahmke; er wird vertreten von Herrn Mohr.

2 .	Anträge zur Änderung der Tagesordnung vom 28.08.2013
-----	--

Herr Mohr möchte im nichtöffentlichen Teil der Sitzung einen Vorschlag zu Personalangelegenheiten machen und fragt, ob die Tagesordnung dahingehend erweitert werden muss. Die Angelegenheit soll dort jedoch unter „Verschiedenes“ vorgetragen werden. Anträge zur Änderung der Tagesordnung werden nicht gestellt; sie wird in der vorliegenden Form insofern gebilligt.

3 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Der Ausschuss beschließt, die Tagesordnungspunkte 14 bis 17 –wie in der Einladung vorgesehen– unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.

Beschlussfassung: 5 Ja-Stimmen (einstimmig).

4 .	Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 15.05.2013
-----	---

Es werden keine Einwendungen vorgetragen; die Niederschrift wird insofern gebilligt.

5 .	Information über die am 15.05.2013 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
-----	---

Herr Hollerbuhl teilt mit, dass der Ausschuss unter Ausschluss der Öffentlichkeit der Gemeindevertretung den Abschluss eines städtebaulichen Vertrages sowie eines damit verbundenen Zusatzvertrages empfohlen hatte.

6 .	Einwohnerfragestunde I
-----	------------------------

Keine Fragen des anwesenden Einwohners. Auch seitens der Gemeindevertreter erfolgen keine Wortmeldungen.

7 .	Mitteilungen
-----	--------------

1. Herr Hollerbuhl berichtet zu Sachständen offener Punkte aus der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 15.05.2013:

a. Die zu dieser Sitzung (bzw. auch noch zur Sitzung der Gemeindevertretung am 22.05.2013) noch unklaren Textstellen in einem städtebaulichen Vertrag sind geklärt und der Vertrag im Juni auch bereits abgeschlossen worden.

b. Fragen zur Gewährung des Kommunalrabatts im Zusammenhang mit dem Abschluss des Konzessionsvertrages Gas sind zur Zufriedenheit geklärt worden. Auch dieser Vertrag ist nach entsprechender Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung zwischenzeitlich geschlossen worden.

c. Die im Zusammenhang mit der Prüfung der Jahresrechnung 2012 aufgetretene Frage zu einer Rechnung ist seitens der Verwaltung inzwischen ebenfalls geklärt und erläutert worden.

2. Herr Hollerbuhl teilt außerdem mit, dass der Kreis Rendsburg-Eckernförde in dem Rechtsstreite Kreis ./ Gemeinde Wasbek nunmehr anwaltlich vertreten wird und von dort mit einem kurzen Schriftsatz zunächst ohne Begründung beim Verwaltungsgericht auch bereits eine Zurückweisung der Klage der Gemeinde Wasbek beantragt worden ist.

3. Bürgermeister Rohloff informiert darüber, dass der Mikrozensus 2011 für die Gemeinde Wasbek eine Einwohnerzahl von 2.227 ergeben hat. Außerdem teilt Herr Rohloff mit, dass er die Zustimmung zur Teilnahme der Gemeinde an dem landesweiten Projekt „Baublock-Kataster“ erteilt hat und verliert dazu Teile eines Vermerks der Verwaltung.

8 .	Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Wasbek - Empfehlung an die Gemeindevertretung zur Neuregelung der Aufwandsentschädigungen ab 2014 - Anlage
-----	--

Nach kurzer Diskussion über die Änderungsabsichten, insbesondere die Vorteile einer weitestgehenden Pauschalierung unter Festsetzung prozentualer Höchstsätze im Verhältnis zu den in der Entschädigungsverordnung festgelegten Höchstsätzen kommt der Ausschuss zu folgender Beschlussempfehlung für die Gemeindevertretung:

Die Verwaltung wird gebeten, den Entwurf einer geänderten Entschädigungssatzung zeitlich so vorzulegen, dass eine Vorbehandlung im Haupt- und Finanzausschusses und eine abschließende Beschlussfassung der Gemeindevertretung im Dezember 2013 erfolgen kann, um die überarbeitete Entschädigungssatzung zum 01.01.2014 in Kraft setzen zu können.

Folgende Rahmenbedingungen sollen in den Entwurf einfließen:

1. Entschädigung der Gemeindevertreter und Bürgerliche Mitglieder in den Ausschüssen: Mischform aus monatlicher Pauschale und Sitzungsgeld. Die Pauschale soll dabei nicht als feste Summe, sondern als eine sich auf die jeweils gültige Entschädigungsverordnung des Landes beziehende prozentuale Größe gewährt werden.
2. Fraktions- und Ausschussvorsitzende erhalten darüber hinaus weiterhin eine höhere monatliche Pauschale, die zukünftig jedoch auch nicht mehr als festgeschriebener Betrag, sondern ebenfalls als prozentuale Größe im Verhältnis zu Beträgen nach der Entschädigungsverordnung gewährt werden soll.
3. Einzubeziehen wäre die Überlegung, ob in o.g. Form auch für die seitens der Gemeinde in den Vorstand bzw. in die Mitgliederversammlung der Volkshochschule Aukrug e.V. entsandten Mitglieder eine –gemeindliche– Entschädigung gewährt werden kann bzw. sollte. Im Gegensatz zum Schulverband Wasbek bzw. dem Krankenpflegeverein Aukrug e.V., die eigene Entschädigungsregelungen haben, wird für die Tätigkeit in den Gremien der VHS keinerlei Entschädigung gezahlt.
4. Die sich aus Pauschale und Sitzungsgeld ergebende Gesamtentschädigung soll die jetzige durchschnittlich gewährte Entschädigung nicht wesentlich überschreiten, um durch die Umstellung keine erheblichen Steigerungen bei den jährlichen Gesamtkosten für den Sitzungsdienst zu verursachen.
5. Den nach der Entschädigungsverordnung Freiwillige Feuerwehren anspruchsberechtigten Mitglieder der Feuerwehr soll zukünftig der Höchstsatz nach der Verordnung in ihrer jeweils aktuellen Fassung gewährt werden.

6. Die Anzahl der abrechnungsfähigen Fraktions-Sitzungen soll auf 10 pro Jahr begrenzt werden.

Beschlussfassung: 5 Ja-Stimmen (einstimmig).

9 .	Überarbeitung / Anpassung der Geschäftsordnung der Gemeinde Wasbek - Empfehlung an die Gemeindevertretung zur Erstellung eines Entwurfs durch die Verwaltung in 2014 - Anlage
-----	---

Herr Hollerbuhl erläutert kurz die Absicht der Gemeinde und nimmt dabei Bezug auf den vorliegenden Vermerk der Verwaltung.

Die Verwaltung teilt ergänzend mit, dass in dem gerade eingetroffenen Arbeitsheft des SHGT für die Arbeit in der Gemeindevertretung eine Mustergeschäftsordnung enthalten ist und schlägt vor, diese weitestgehend zu verwenden. Somit müsste es aller Voraussicht nach möglich sein, die Geschäftsordnung parallel zur Entschädigungssatzung zu beraten und ebenfalls bereits zum 01.01.2014 in Kraft treten zu lassen, sofern dies von der Gemeinde gewünscht ist. Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung und der Ausschuss beschließt eine dementsprechende Empfehlung an die Gemeindevertretung.

Beschlussfassung: 5 Ja-Stimmen (einstimmig).

10 .	Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik - Empfehlung an die Gemeindevertretung zur Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel und Beauftragung eines Planungsbüros - Anlage
------	---

Herr Hollerbuhl zitiert die wesentlichen Passagen des vorliegenden Vermerks der Verwaltung. Außerdem geht Herr Hollerbuhl auf die voraussichtlichen Einsparungen bei den laufenden Kosten durch die beabsichtigte Umrüstung ein.

Nach einem kurzen Meinungsaustausch, in der auch die Frage nach einer über einige Jahre „gestreckten“ Umrüstung –allerdings dann verbunden mit dem Verzicht auf grundsätzlich bereits zugesagte Fördermittel i.H.v. max. 27.112,- Euro– diskutiert wird, kommt der Ausschuss zu folgendem Beschlussvorschlag an die Gemeindevertretung:

a. Im Haushalt 2013 sollten überplanmäßige Mittel i.H.v. 4.000,- Euro bereitgestellt werden, um umgehend ein Planungsbüro mit der Erstellung eines Leistungsverzeichnisses für eine beschränkte Ausschreibung beauftragen zu können.

b. Im Haushalt 2014 sollten 170.000,- Euro vorgesehen werden, um mit der Maßnahme so frühzeitig beginnen zu können, dass die zugesagten Zuschüsse –gebunden an eine Beendigung der Umrüstung bis Ende Juli 2014– in Anspruch genommen werden können.

Beschlussfassung: 5 Ja-Stimmen (einstimmig).

Anmerkung des Protokollführers: die fraglichen 139 Kofferleuchten, die nicht in die Umrüstung aufgenommen wurden, sind mit Leuchtstoffröhren ausgestattet. Eine Energieersparnis von mehr als 50% durch eine Umrüstung dieser Leuchten auf LED-Technik ist nicht zu erzielen, so dass diese Maßnahme auch nicht förderungsfähig gewesen wäre.

11 .	Anschaffung einer Tragkraftspritze für die Freiwillige Feuerwehr Wasbek - Empfehlung an die Gemeindevertretung
------	---

Nach einer kurzen Darstellung des Sachverhalts durch Herrn Hollerbuhl beschließt der Ausschuss ohne weiteren Beratungsbedarf, der Gemeindevertretung zu empfehlen, den Bürgermeister zur Beschaffung der Tragkraftspritze zu ermächtigen.

Beschlussfassung: 5 Ja-Stimmen (einstimmig).

12 .	Einwohnerfragestunde II
------	-------------------------

Weder der Zuhörer noch die anwesenden Gemeindevertreter haben eine Frage.

13 .	Verschiedenes (öffentlich)
------	----------------------------

Herr Omnitz regt an, an dem kleinen Verbindungsweg zwischen Kiebitzweg und Bahnhofstraße mindestens 2 Leuchten aufzustellen. Außerdem müsste dieser Weg nach Ansicht von Herrn Omnitz mindestens zwei Mal im Monat durch den Gemeindearbeiter gereinigt werden. Auch das Aufstellen eines Papierkorbs wäre hilfreich.

Der Weg liegt nach Ansicht einiger Anwesender auf von der Gemeinde gepachteter Fläche. Fraglich ist insofern, ob der Pachtvertrag eine nachträgliche Ausstattung mit Leuchten ermöglicht.

Es besteht Übereinstimmung, dass sich der Bau- und Planungsausschuss mit dem Thema Leuchten, der Ausschuss für Öffentliche Angelegenheiten sich mit einer möglichen / notwendigen regelmäßigen Reinigung und dem Aufstellen eines Abfallbehälters beschäftigen sollte. Die Verwaltung wird außerdem um Klärung gebeten, ob der Pachtvertrag das Aufstellen von Leuchten ermöglicht.

Anmerkung des Protokollführers: Es besteht kein Pachtvertrag, sondern es wurden mit zwei betroffenen Grundstückseigentümern Gestattungsverträge zur Nutzung der Flächen für den Weg geschlossen. Eine Ausrüstung mit Beleuchtung ist nicht geregelt, also auch nicht explizit ausgeschlossen. Es wird aber empfohlen, seitens der Gemeinde das Vorhaben mit den Vertragspartnern abzustimmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt Herr Hollerbuhl den öffentlichen Teil der Sitzung und unterbricht diese vor Beginn der Beratungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit um 20:46 Uhr für eine kurze Pause.

gez. Michael Hollerbuhl

(Vorsitzender)

gez. Frank Knutzen

(Protokollführer)